

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.833.556

Wien, am 16. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Dezember 2020 unter der Nr. **4658/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „humanitärer Katastrophe mitten in Europa – das offizielle Österreich schaut zu“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

1. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Gemeinden österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
 - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
 - b) *Wenn ja, um welche Gemeinden handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
 - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
 - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
 - e) *Wenn nein, warum nicht?*

2. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Städten österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
 - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
 - b) *Wenn ja, um welche Städte handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
 - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
 - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
 - e) *Wenn nein, warum nicht?*
3. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Bundesländern österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
 - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
 - b) *Wenn ja, um welche Bundesländer handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
 - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
 - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
 - e) *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit Einrichtungen, wie z.B Kirchen oder NGOs, Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
 - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
 - b) *Wenn ja, um welche Einrichtungen und Institutionen handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
 - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
 - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
 - e) *Wenn nein, warum nicht?*

Österreich setzt auf das Instrument der Hilfe vor Ort. In diesem Sinne hat die Bundesregierung – wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 1236/J vom 8. Mai 2020 sowie der parlamentarischen Anfrage 3596/J vom 30. September 2020 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung festgehalten – per Ministerratsbeschluss vom 11. März 2020 dem *Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)* eine Million Euro aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland und Hilfsaktivitäten zur Linderung der Flüchtlingskrise in Griechenland bereitgestellt.

Am 16. September 2020 wurden per Ministerratsbeschluss weitere zwei Millionen Euro dem *Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)* zur Verfügung gestellt. Österreich hat darüber hinaus die Basisförderung für *UNHCR* vervierfacht und trägt somit durch finanzielle, personelle und materielle Hilfe vor Ort zur Entspannung der Lage in den Flüchtlingszentren an den Außengrenzen bei. Zudem hat die Republik Österreich nach dem verheerenden Brand im Flüchtlingslager Moria Griechenland rasch ein Hilfspaket, bestehend aus 400 voll ausgestatteten Familienzelten, Heizung sowie Zeltbeleuchtung, Matratzen, Decken sowie 2.000 Hygienepakete zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus entsendet Österreich regelmäßig nationale Asyl- und Grenzschutzexpertinnen und -experten im Rahmen von Einsätzen des *European Asylum Support Office (EASO)* und der *Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (FRONTEX)*.

Im Dezember hat die griechische Regierung grünes Licht für die Errichtung einer von Österreich finanzierten Kinderbetreuungsstätte gegeben, die durch das SOS-Kinderdorf geführt wird. Damit soll ein wirksamer Beitrag zur Hilfe vor Ort geleistet werden. Neben psychosozialer Unterstützung und Bildungsangeboten für rund 500 Kinder wird auch für Eltern eine Beratung angeboten.

Zu Frage 5:

5. *Hatten bzw. haben Sie mit den griechischen Behörden bzw. Ihrem griechischen Amts-kollegen Gespräche über den menschenunwürdigen Zustand auf Lesbos geführt?*
 - a) *Wenn ja, mit wem genau hatten Sie Kontakt?*
 - b) *Wenn ja, wann genau?*
 - c) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen ge-zogen?*
 - d) *Wenn nein, warum nicht?*

Anlässlich eines offiziellen Besuchs des griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis am 10. März 2020 in Wien habe ich mit ihm die Migrationslage besprochen. Im Rahmen dieses Gesprächs wurde von griechischer Seite das Ersuchen um Unterstützung zur Bewältigung der Migrationssituation auf den griechischen Inseln an Österreich herangetragen.

Die österreichische Bundesregierung hat daraufhin per Ministerratsbeschluss am 11. März 2020 dem *Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)* eine Million Euro aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland und Hilfsaktivitäten zur Linderung der Flüchtlingskrise in Griechenland bereitgestellt.

Zu den Fragen 6 bis 9:

6. *Hatten bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern im Rat der EU zum Thema gemacht?*
 - a) *Wenn ja, wann genau?*
 - b) *Wenn ja, in welcher Form?*
 - c) *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - d) *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Hatten bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern bei dem zuständigen EU-Kommissar Margaritis Schinas zum Thema gemacht?*
 - a) *Wenn ja, wann genau?*
 - b) *Wenn ja, wie oft?*
 - c) *Wenn ja, in welcher Form?*
 - d) *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - e) *Wenn nein, warum nicht?*
8. *Spricht sich die österreichische Bundesregierung für die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus den griechischen Lagern aus?*
 - a) *Wenn ja, was unternimmt sie dafür?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
9. *Warum blockiert die Bundesregierung die Appelle der vielen Gemeinden österreichweit, Menschen aufzunehmen?*

Die Frage der Aufnahme bzw. des Asyl- und Migrationsmanagements ist Teil der Verhandlungen zum neuen „Migrations- und Asylpaket“, welches von der Europäischen Kommission am 23. September 2020 veröffentlicht wurde. Wie in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 3596/J vom 30. September 2020 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung bereits ausgeführt, wurde das „Migrations- und Asylpaket“ erstmals am 8. Oktober 2020 im Rat der Justiz- und Innenminister vorgestellt und am 13. November 2020 hat dazu eine erste inhaltliche Diskussion im Rahmen des außerordentlichen Rates der Justiz- und Innenminister stattgefunden. Auf der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ im Dezember 2020 fanden weitere Beratungen statt, die im neuen Jahr fortgesetzt werden.

Ich habe am 12. Februar 2020 den für Migrationsfragen zuständigen Vizepräsidenten der Europäischen Union, Margaritis Schinas, in Wien empfangen und mich mit ihm über die europäische Migrationspolitik ausgetauscht.

Darüber hinaus ersuche ich um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021,

nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4659/J vom 16. Dezember 2020 durch den Bundesminister für Inneres verweisen.

Sebastian Kurz

